

(K)ein Europa, wie wir es meinen?

Von Christopher Wimmer

Um was geht es eigentlich?

Tief in der Krise der europäischen Institutionen und einer europäischen Identität, gezeichnet von der Wiederkehr „nationaler Interessen“, Chauvinismus und dem Aufstieg von rechtspopulistischen und europafeindlichen Parteien erschien Ende 2012 ein Buch, dessen Titel in großen, roten Lettern Hoffnung erweckt. „Für Europa“ heißt das 70-seitige Manifest.

Ja, ein Manifest. In aufrührender, wütender Sprache werden die Leser_innen direkt angesprochen und können sich dem Lesefluss kaum einziehen: Kurze, prägnante Sätze, Signalwörter, leidenschaftliche Krisendiagnose, Ausrufezeichen. Ein proeuropäisches populäres Werk in Zeiten der Krise schickt sich also an, den Kampf mit den Bestsellern Sarrazin und Buschkowsky aufzunehmen.

Ein hehres Ziel. Die Autoren sind nicht weniger bekannt und sicherlich nicht weniger polarisierend als die Erstgenannten. Der ehemalige personalisierte Lautsprecher der französischen '68er-Bewegung Daniel Cohn-Bendit und Guy Verhofstadt, ehemals Premier Belgiens. Politisch scheint die beiden, mittlerweile beide Mitglieder des europäischen Parlaments, nichts zu einen. Verhofstadt gilt als neoliberaler Vordenker und sitzt für die liberale Fraktion im Parlament, der ehemalige „Dany le rouge“ führt die grüne Fraktion an. Sie teilen allerdings ihre Sorge um Europa und wollten mit ihrem flammenden Pamphlet dem aktuellen Diskurs eine Wendung geben – eine Wendung hin zu Europa.

Das klingt aufrührend. Das klingt spannend. Das klingt gut. Um es vorwegzunehmen: Es ist nicht gut – ganz und gar nicht!

Was sie uns sagen wollen...

Die beiden Autoren stellen – das muss man ihnen freiweg zugestehen – eine richtige Krisenanalyse auf. Europa befindet sich in einer substantiellen Krise. Schuld daran ist nicht Europa an sich, sondern die Nationalstaaten, die sich auf Kosten der europäischen Institutionen bereichern

und ihre eigenen Interessen vertreten. Die fehlende finanzielle Ausstattung sowie das Demokratiedefizit sind ebenso zu beklagen. Die Kritik an der aktuellen Politik, die sich von Gipfel zu Gipfel (maßgeblich unter deutscher und französischer Vormachtstellung) hangelt, nur reagiert und es mit Rettungspaketen, Fiskalpakt und diversen Rettungsschirmen eindrucksvoll schafft, ökonomische Ursachen und Wirkungen zu verdrehen und dadurch die Krise noch verschärft, ist uneingeschränkt richtig. Doch so richtig diese Analyse und Kritik auch sind und so schön, neu und erfrischend es klingt, wenn die „Überwindung des heute vorherrschenden Egoismus der Mitgliedsstaaten“, sowie die Vergemeinschaftung der Schulden gefordert wird, so falsch sind die Gründe für diese „postnationale Revolution“.

... und was sie meinen.

Das Verschwinden der europäischen Nationalstaaten zu fordern, klingt ja erstmals sehr sympathisch und radikal. Doch die Gründe und die Alternativen, die die Autoren geben, sind schauderhaft. Anstelle der Nationalstaaten soll ein föderales Europa treten. Dieses Europa soll natürlich sozial und demokratisch ausgestaltet sein, doch den eigentlichen Zweck machen sie bereits auf der ersten Seite klar. Nur ein vereintes Europa könne „unsere Interessen gleichzeitig mit immer mehr Nachdruck gegen wirtschaftliche und politische Großmächte vom Kaliber China, Indiens, Brasiliens, Russlands oder der Vereinigten Staaten verteidigen.“ Es geht also doch wieder um „unsere Werte“, „unseren Wohlstand“ und „unsere Demokratie“, die es zu schützen gelte. Dies solle, so die Autoren, natürlich durch Überzeugung und den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ (Jürgen Habermas) geschehen. Wenn dies allerdings nicht reicht – auch mit der Waffe in der Hand. Im globalen Konkurrenzkampf kann nur „eine europäische Armee, die mobil und technologisch auf dem neuesten Stand ist (...) in Zukunft unsere Werte und unsere Unabhängigkeit verteidigen.“ Mit dem oben zitierten Habermas eint sie der Glaube an die Überlegenheit liberaler, demokratischer Rechtsstaaten nach westeuropäischen/ amerikanischen Vorbild, die man zumindest beschützen, wenn nicht sogar über die ganze Welt verbreiten sollte.

Warum das Blödsinn ist...

Gegen dieses eurozentristische, kosmopolitische und universalistische Bild von Politik hat Chantal Mouffe in ihrem Buch „Über das Politische“ argumentiert. Die Vorwürfe, die Mouffe gegen westliche Theoretiker wie Beck, Giddens (ein Verfechter des sogenannten „Dritten Wegs“) oder eben Habermas erhebt, passen auf Cohn-Bendit und Verhofstadt wie die Faust aufs Auge. Warum die Welt am Wesen einer europäischen Großmacht genesen soll, können die beiden Autoren nicht klar machen.

Wenn aus der europäischen Geschichte eins zu lernen ist, dann die Tatsache, dass von diesem Kontinent nie wieder Krieg oder Aggression ausgehen soll. Die Autoren machen dafür – zurecht – die Nationalstaaten verantwortlich. Sie zeigen sich jedoch blind, dass ein neues, imperiales Europa, das „am Entwurf einer neuen, weltweiten Wirtschafts- und Finanzregulierung federführend beteiligt sein“ könnte, genau diese Gefahr in sich birgt. Es geht also in ihrem Traum von Europa nicht darum, gleiche Lebenschancen zu schaffen, und mit globalen Partner_innen auf Augenhöhe zu verhandeln und auch Konflikte auszutragen. Nein, ihre Idee von Europa, so demokratisch sie auch geregelt sein mag, ist die Idee der Konkurrenz und des Wettkampfs zu anderen Erdteilen. Dass die globalen Herausforderungen der Zukunft allerdings nur durch gemeinsames Handeln erreicht werden können, sehen sie nicht. Die beiden Autoren stellen die richtigen Fragen und kommen in Teilen auch zu richtigen Schlüssen, doch der Impetus und Zweck ihres Manifests ist so verheerend wie falsch. Ihr Europa ist nur dem Namen nach ein postnationales Projekt. Diese Worthülse verbirgt aber, dass es sich um eine Supernation handelt, die es mit der Welt aufnehmen soll.

...und was an die Stelle treten sollte.

Ein progressives, linkes Europa gibt es nicht. Genauso wenig wie ein linkes Vaterland. Solidarische Gesellschaften, mithin der demokratische Sozialismus, müssen sich nicht hinter (Handels-) Grenzen zurückziehen. Linker „Internationalismus“ ist nicht das Verteidigen unserer „Kultur“ gegen das vermeintlich Andere. Vielmehr geht es darum, in diskursiven Prozessen, ja auch im politischen Kampf, für Ideale zu streiten

und argumentieren und diese in einer multipolaren Welt zu vertreten – ohne Großmachtfantasien, ohne imperiale Gedanken, sondern radikal-demokratisch.

Cohn-Bendit, Daniel/ Verhofstadt, Guy: Für Europa! - Ein Manifest.
Carl Hanser Verlag. München 2012. 141 Seiten, 8 Euro